

## WORT DES PRÄSIDENTEN

Sehr geehrtes Mitglied,

ich danke allen Mitgliedern, die an der jährlichen Generalversammlung unseres Vereins am 5. Juni 2008 teilgenommen und dort abgestimmt haben, und gratuliere den neuen Mitgliedern des Vorstands zu ihrer Wahl. In dieser Ausgabe finden Sie die Ergebnisse der Vorstandswahl, der Abstimmung zu den Änderungsanträgen betreffend die Satzung und den Jahresbericht 2007 sowie eine Auswahl von Fotos, die während des Galadiners, der Generalversammlung und des Mittagessens aufgenommen wurden.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen und allen Mitgliedern danken, die meine Kandidatur als Vorstandsmitglied unterstützt haben. Ich werde mich mit ganzer Kraft für die weitere Entwicklung des Vereins einsetzen und mit darauf hinwirken, dass er seine großen Ziele in den nächsten beiden Jahren erreicht.

Mein besonderer Dank und meine Anerkennung gilt Anthony Simpson, der sich entschieden hat zurückzutreten, nachdem er dem Verein seit dessen Gründung als Vorstandsmitglied und Schatzmeister gedient hat. Im Namen der Mitglieder danke ich auch der Vereinssekretärin Anna Karamanou und dem Vorstandsmitglied Viscount De Clercq, die beide ausscheiden, für ihre engagierte Arbeit.

Der Cocktailempfang mit Galadinner des VEM am 4. Juni war ein großer Erfolg dank der Teilnahme des Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Edward McMillan-Scott, und der Vizepräsidentin der Kommission, Margot Wallström, deren provozierende Bemerkungen eine sehr interessante Debatte mit dem Publikum auslösten, dem Vertreter der Geschäftswelt, ehemalige und derzeitige Mitglieder des Europäischen Parlaments sowie offizielle EU-Vertreter angehörten. Es gelang dem Verein, erhebliche Mittel für seine beiden Hauptaktivitäten aufzubringen: das Programm „EP to Campus“ und das Internationale Institut der Wahlbeobachter (IEMI).

Unser nächstes großes Vorhaben für 2008 wird die Studienreise vom 20. bis 27. September nach Albanien und Montenegro sein. Anmeldeformulare sind in dieser Ausgabe zu finden und wurden allen Mitgliedern per Post zugesandt. Bei Interesse an einer Teilnahme füllen Sie das Formular bitte aus und schicken es bis zum 15. Juli 2008 an das VEM-Sekretariat.

Unser traditionelles jährliches Dinner der Mitglieder wird am Mittwoch, dem 3. Dezember stattfinden, und das jährliche Seminar am darauffolgenden Morgen. Weitere Einzelheiten und Anmeldeformulare erhalten Sie mit dem nächsten Bulletin.

In dieser Ausgabe finden Sie einen sehr interessanten Beitrag von Virgilio Dastoli, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Italien, aus Anlass des 50-jährigen Bestehens des Europäischen Parlaments sowie Beiträge eines der engsten Mitarbeiter von Altiero Spinelli, Manfred Michel, ehemaliger Generalsekretär der Sozialdemokratischen Fraktion und EP-Generaldirektor, und von Astrid Lulling, Quästorin des Europäischen Parlaments.

Außerdem können Sie einen gemeinsamen Beitrag von Richard Corbett und Íñigo Méndez De Vigo, Ko-Berichterstatter des Berichts des Europäischen Parlaments zum Vertrag von Lissabon lesen, der im Februar angenommen wurde. In ihrem Artikel erläutern sie, was der Vertrag von Lissabon für das Europäische Parlament bedeutet.

Ferner enthält diese Ausgabe bei uns eingegangene interessante Beiträge von Mitgliedern des Vereins wie Jean Crusol, Renate Heinisch, Brigitte Langenhagen, Nelly Maes, Philippe Monfils und Florus Wijsenbeek zu einer Reihe von Fragen.

Wie ich im letzten Bulletin erwähnt habe, ist unser Programm „European Parliament to Campus“ auch immer mehr außereuropäischen Hochschulen ein Begriff. In dieser Ausgabe berichtet Gordon Adam über seinen Besuch beim Zentrum für Europäische Studien an der Universität Florida im letzten April, wo er zwei Vorträge hielt und an einer Reihe von Workshops teilnahm. Sein Beitrag belegt, wie wichtig und notwendig so ein Programm ist, um die Vorstellung von Europa über die europäischen Grenzen zu tragen und die transatlantischen Beziehungen auf allen Gebieten zu festigen.

Bitte senden Sie weiterhin Artikel für die kommenden Ausgaben ein und informieren Sie ehemalige Kolleginnen und Kollegen über die Aktivitäten des Vereins. Alle unsere neuen Mitglieder möchte ich herzlich willkommen heißen: Jens-Peter Bonde, Brigitte Ernst de la Graete, Johan Iversen und Spyridon Kololotronis.

Mit freundlichen Grüßen,

**José María GIL ROBLES**  
**VEM-Vorsitzender**

## **LATEST NEWS**

Text: Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am 11. März 2008 den Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) zu einem Gespräch empfangen. „Um die Folgen des demografischen Wandels zu bewältigen, brauchen wir das Engagement der Älteren“ sagte die Bundeskanzlerin. Einigkeit bestand darüber, dass Altersgrenzen in bestimmten beruflichen und außerberuflichen Bereichen auf den Prüfstand gehören. Die BAGSO schlug dazu eine Expertenkommission unter Beteiligung von Politik, Wissenschaft, Sozialpartnern und Seniorenverbänden vor.

„Mit uns müssen Sie rechnen, auf uns können Sie aber auch zählen!“, verabschiedete sich der BAGSO-Vorsitzende Walter Link von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Renate Heinisch, Mitglied EWSA für die BAGSO, wird sich auch im Ausschuss weiterhin für Fragen und Lösungen zum Demografischen Wandel einsetzen.

An dem Gespräch nahmen teil: 1. Reihe v. l.: Ehrenvorsitzende Roswitha Verhülshonk, Ehrenvorsitzende Marieluise Kluge-Stedel, BAGSO-Vorsitzender Walter Link, Mitglied des Vorstands Dr. Renate Heinisch, Ehrenvorsitzende des Fördervereins Prof. Dr. Dr. h.c. Ursula Lehr.

2. Reihe v. l.: Mitglieder des Vorstands Wolfgang Haehn und Ruth Brand, Geschäftsführerin der BAGSO Service GmbH Dr. Barbara Keck, 1. Stellvertretende Vorsitzende Helga Walter, Mitglieder des Vorstands Gotlind Braun und Dieter Seipp, Geschäftsführer Dr. Guido Klumpp.

**Dr. Renate Heinisch**

Unser italienischer Kollege Lelio Lagorio, MdEP und stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion von 1989 bis 1994, ist Schriftsteller und Verfasser von Memoiren. Im März erschien von ihm ein langer Beitrag zur Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung in Florenz als Teil eines Buches mit dem Titel „Il socialismo fiorentino dalla Liberazione alla crisi dei partiti, 1944-1994“, das von Luigi Lotti, emeritierter Professor der Universität Florenz und Präsident des Istituto Storico Italiano in Rom, herausgegeben wurde (siehe beiliegender Bucheinband). Dieses 204 Seiten und 20 Abbildungen umfassende Buch erschien bei Edizioni Polistampa in Florenz (via Livorno 8/32, 50142-Firenze, [info@polistampa.com](mailto:info@polistampa.com)) und ist Lelio Lagorio zum 80. Geburtstag gewidmet. Es wurde bereits in Florenz und Livorno erfolgreich vorgestellt und in den Massenmedien interessiert besprochen. Wenn Sie mit Herrn Lagorio in Kontakt treten möchten, wenden Sie sich bitte per E-Mail an ihn ([leliolagorio@tiscali.it](mailto:leliolagorio@tiscali.it)).

### **WARUM EINE 50-JAHR-FEIER DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS IM JAHRE 2008?**

Groß war meine Überraschung, als ich erfuhr, dass sich das Europäische Parlament anschickt, seinen 50. Jahrestag zu feiern. Wer wie ich in Straßburg seit 1952 alle Sitzungen der Gemeinsamen Versammlung erlebt hat, die dann zur Parlamentarischen Versammlung und später zum Europäischen Parlament werden sollte, fragt sich da, warum man die Gemeinsame Versammlung der EGKS, die ihre Plenarsitzungen von 1952 bis 1958 in Straßburg und die Ausschusssitzungen an ihrem Sitz in Luxemburg, dem Sitz der Hohen Behörde der EGKS und aller anderen Institutionen dieser ersten europäischen Gemeinschaft (d. h. des Ministerrats, des Beratenden Ausschusses, in dem Gewerkschaften, Arbeitgeber und Verbraucher der Kohleindustrie vertreten waren, und des Gerichtshofs) abhielt, mit Stillschweigen übergeht.

Ganz nebenbei gesagt fanden die Plenarsitzungen der Gemeinsamen Versammlung aus rein materiellen Gründen in Straßburg statt. Es gab in Luxemburg keinen Saal, der die von ihren nationalen Parlamenten benannten 78 Abgeordneten aus den sechs Mitgliedstaaten aufnehmen konnte und mit Dolmetscherkabinen für die Simultanübertragung in die vier Sprachen Deutsch, Französisch, Italienisch und Niederländisch ausgestattet war.

Es ist zumindest merkwürdig, einen Jahrestag des europäischen Parlamentarismus zu begehen und dabei zu vergessen oder nicht zu wissen, dass die Abgeordneten aus den Mitgliedstaaten der ersten europäischen Gemeinschaft bereits sechs Jahre lang die Arbeit getan haben, die ihre Nachfolger, oftmals dieselben Personen, ab 1958 im Rahmen der drei europäischen Gemeinschaften EGKS, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Euratom leisten sollten.

Ich könnte verstehen, wenn man ein anderes Gründungsdatum heranzöge: 1979, das Jahr der allgemeinen direkten Wahlen zum Parlament. In diesem Fall hätten wir nach den nächsten Europawahlen im Juni 2009 einen 30. Jahrestag zu feiern. Warum nicht?

Ich hoffe, wieder dabei zu sein, wenn die Wähler mir erneut ihr Vertrauen schenken.

Aber wir sollten die Fakten anerkennen und auf die historischen Tatsachen zurückkommen. Zwischen 1952 und 1979 hatten die benannten nationalen Parlamentarier ihren Sitz in einer europäischen Versammlung mit beratender Funktion. Dennoch waren sie dank der hervorragenden Arbeit einer gewissen Elite unter den Parlamentariern der Mitgliedstaaten, die zum größten Teil mit Bedacht ausgewählt worden waren, damit sie auf der Höhe ihrer Aufgaben waren, nicht ohne politischen Einfluss. Ich gehörte damals nicht zu den Abgeordneten, kannte sie aber alle persönlich, denn als Journalistin und Gewerkschafterin war ich, zuerst auf Einladung

der Gemeinsamen Versammlung und später der Parlamentarischen Versammlung, bei allen Sitzungen dabei. Diese Versammlungen waren, genau wie heute das Parlament, darauf bedacht, den Bürger zu informieren. Die EGKS, und das bemerkten wir wohl, leitete eine neue und spannende Ära ein.

Nachdem ich als Zuschauer, Beobachter, Mitglied der Parlamentarischen Versammlung (von 1965 bis 1974) und schließlich seit 1989 als gewählte Abgeordnete das Werden von einer beratenden Versammlung zu einem wirklichen Parlament mit den ebenso weitreichenden wie beängstigenden Befugnissen eines Mitgesetzgebers an der Seite des Rates erlebt habe, werden Sie meine Verblüffung angesichts dieser willkürlichen Wahl eines 50. Jahrestages verstehen. Ich habe nichts gegen Erinnerung, ganz im Gegenteil, auch nichts gegen das Gedenkfieber, das sich kluger Geister zu bemächtigen scheint. Aber wir würden viel gewinnen, wenn wir uns selbst und unseren Mitbürgern gegenüber mehr Exaktheit an den Tag legten. Eine Fünfzigjahrfeier im Jahre 2008 erscheint mir anfechtbar und sogar falsch. 1952 und 1979 sind in meinen Augen die grundlegenden Daten.

Aber da wir eingeladen sind zu feiern, sollten wir uns die Freude nicht trüben lassen, umso mehr als einige unter uns diese Bänke im Mai nächsten Jahres verlassen werden!

**Astrid LULLING MdEP**  
**Quästor**

## **EUROPÄISCHE DEMOKRATIE**

Jean Monnet hielt die Bürokratie auf lange Sicht für stärker als die Politik und vertrat die Auffassung, aus der Verwaltung bestimmter konkreter Interessen werde sich eines Tages irgendeine europäische politische Superstruktur entwickeln.

Dabei hatte Monnet natürlich noch nicht die Bürokratie der einzelnen Mitgliedstaaten, die die Weiterentwicklung der europäischen Integration in Brüssel auf unerträgliche Weise bremst, im Sinn, sondern die europäische Bürokratie und natürlich auch nationale Politiken und politische Systeme, die damals noch nicht einmal ansatzweise existierten.

Von Jean Monnet und den Franzosen angeregt, entstand die europäische Bürokratie, die sich auf die Kultur der französischen *fonction publique* gründete und auf deren Fundament vor allem die Europäische Kommission aufbaute, die den zentralen Kern der Verwaltung bestimmter konkreter Interessen bilden sollte (die „*Solidarität der Tat*“ der Schuman-Erklärung).

So entstand die „*méthode de l'engrenage*“, wie Delors später den Funktionalismus definierte, der es den Gemeinschaften ermöglichte, nach und nach einen wichtigen Teil der von den Gründungsvätern avisierten Ziele zu erreichen sowie unzählige Schwierigkeiten und quasi 30 Jahre lang regelmäßig wiederkehrende Krisen durchzustehen, in denen das gemeinsame Schiffe beinahe untergegangen wäre. So präsentierte sich der Stand der Dinge, als 1954 die Europäische Verteidigungsgemeinschaft scheiterte, De Gaulle sich 1965 gegen die offenkundig supranationalen Bestrebungen Hallsteins aussprach, 1971 die Währungskrise ausbrach und Frau Thatcher 1978 die erst im Entstehen begriffene und noch schwache Wirtschaftsunion angriff.

Das französische Modell wies jedoch zwei grundlegende Mängel auf, da es die Bedeutung der Volkssouveränität für die europäische Dimension unterschätzte und die Grundsätze der Transparenz bei der Verwaltung der „*res publica*“ außer Acht ließ. Mit der Weiterentwicklung

unserer Gesellschaften und der allmählichen Ausweitung der Integration der Gemeinschaft – vom Markt auf die Wirtschaft und von der Wirtschaft auf die Politik übergreifend – wurden diese Mängel zu sehr großen Hindernissen, die das von Delors theoretisch formulierte Räderwerk immer mehr blockierten.

Vom föderalistischen Modell inspiriert, versuchte Kommissionspräsident Hallstein Mitte der 1960er-Jahre die von Frankreich betriebene Blockade zu durchbrechen und die gemeinschaftliche Finanzierung der Agrarpolitik vom Grundsatz „*Keine Besteuerung ohne Vertretung*“ abhängig zu machen. Dieser Versuch führte jedoch zum „Luxemburger Kompromiss“, nachdem Frankreich sich mit seiner „Politik des leeren Stuhls“ freiwillig von den europäischen Institutionen abgewandt und keinen Vertreter in den Rat entsandt hatte.

Anders als allgemein gedacht und geschrieben wird – dass nämlich allein „Brüssel“ für das gemeinschaftliche Erbe zuständig ist, das seit den Römischen Verträgen immer vielschichtiger wird –, wurden sämtliche Entscheidungen und Beschlüsse der Gemeinschaft 30 Jahre lang einstimmig vom Ministerrat (also den Regierungen der Mitgliedstaaten) angenommen. Erst seit Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte kann das Europäische Parlament sich an den Gesetzgebungsverfahren beteiligen und können Fälle in die Verträge aufgenommen werden, in denen der Rat eine Mehrheitsentscheidung hätte treffen können.

Was das Europäische Parlament betrifft, so waren zunächst Frankreich und später auch Großbritannien schon seit Gründung der Versammlung der Europäischen Gemeinschaften im März 1958 dem Aspekt der Volkssouveränität im Integrationsprozess der Gemeinschaft feindlich gesinnt und blieben dies auch nach der Einführung der allgemeinen und direkten Wahlen zum Europäischen Parlament, die vom französischen Präsidenten Giscard d'Estaing angeregt worden waren, vor allem aber auch der Hartnäckigkeit der italienischen Regierung bzw. ihres damaligen Außenministers Aldo Moro bei den Verhandlungen zu verdanken sind.

Mit dem ersten (im Juni 1979) gewählten Europäischen Parlament wurde der Grundstein für die „*Festung der europäischen Demokratie*“ (Altiero Spinelli) gelegt. Seit dem „Projekt Spinelli“ vom Februar 1984 hat die Dimension der Volkssouveränität den Integrationsprozess der Gemeinschaft entscheidend geprägt, sei es bei der Gestaltung der Politiken („Europa der Resultate“)<sup>1</sup> oder sei es vor allem bei der Entwicklung der politischen Integration, einer unabdingbaren Voraussetzung für die Umsetzung der Politiken.

Mit dem Vertrag von Lissabon und seinem Inkrafttreten Anfang 2009 geht eine bedeutende Phase der europäischen Geschichte zu Ende, wenn man bedenkt, unter welchen Umständen diese Phase 1984 begann, als die Gemeinschaft aus neun Ländern bestand und 240 Millionen Einwohner mit sieben verschiedenen Muttersprachen umfasste, und wo die Union jetzt steht: Sie hat heute dreimal so viele Mitgliedstaaten, doppelt so viele Einwohner, 23 Sprachen, eine gemeinsame Währung in bisher 15 Ländern und einen grenzfreien Raum für 23 Länder, die das Schengener Abkommen unterzeichnet haben. Darüber hinaus verfügt sie über eine Charta der Grundrechte und ein Erbe von gemeinsamen Errungenschaften innerhalb der Gemeinschaft, das den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, Umwelt, Jugend, Verbraucher, Verkehr, Forschung, Energie, KMU, Kommunikationsgesellschaft, Kultur und Gesundheit betrifft und vor allem zu den Nachbarländern des Mittelmeerraums strukturierte und konsolidierte Beziehungen nach außen unterhält.

All dies wurde möglich, weil die demokratische Dimension der europäischen Integration zugenommen und die dialektische Beziehung zur Europäischen Kommission funktioniert hat.

In gut einem Jahr – im Juni 2009 – finden wieder Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Es besteht die Gefahr, dass die Distanz zwischen den Bürgern und den europäischen Institutionen größer wird, da eine niedrigere Wahlbeteiligung nicht nur der Legitimität des Europäischen Parlaments, sondern dem gesamten europäischen Projekt schaden könnte. Um diese Gefahr aus dem Weg zu schaffen, müssen vor allem die Parteien die Chance der Wahlkampagne 2009 nutzen, den Wählern ihre Visionen für Europa und – innerhalb europäischer Koalitionen – ihren Kandidaten für die Europäische Kommission für die Jahre 2009 bis 2014 zu präsentieren.

**Pier Virgilio Dastoli**

**Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Italien**

## ERINNERUNGEN

In den 1960er Jahren hielt das Europäische Parlament, das damals noch „Parlamentarische Versammlung“ hieß, seine Ausschusssitzungen in Brüssel in zwei Räumen ab, die in der ersten Etage im Gebäude des Ministerrats in der rue Ravenstein gelegen waren. Hier habe ich als junger Beamter der Europäischen Kommission im Oktober 1964 als Teil eines für die Beziehungen zur Versammlung zuständigen Zwei-Mann-Teams an meiner ersten Ausschusssitzung teilgenommen. Übrigens geriet dieses Gebäude in den Mittelpunkt des Medieninteresses, als Landwirte gegen Teile der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) protestierten und versuchten, eine Kuh die Treppen zum Sitzungssaal der Minister hinauf zu treiben. Das arme Tier brach sich dabei ein Bein und landete im Schlachthof von Anderlecht.

Damals befanden wir uns noch in der „Sturm-und-Drang-Phase“ der europäischen Integration, während der die neunköpfige Kommission unter Präsident Hallstein um die Zollunion, die GAP, die Außenhandelspolitik, die ersten Anfänge einer Harmonisierung im sozialen Bereich usw. kämpfte. Das alles wurde vom Europäischen Parlament über seine Ausschüsse genauestens überwacht, auch wenn sich die Parlamentsbefugnisse zu jener Zeit auf eine beratende Funktion beschränkten. Bei den Sitzungen des Landwirtschaftsausschusses in Anwesenheit von Vizepräsident Mansholt herrschte stets reger Betrieb, und es gab zahlreiche Nachtsitzungen. Die herausragenden Mitglieder des Ausschusses vertraten die nationalen Landwirteorganisationen, während die Linken bestrebt waren, die Verbraucherinteressen zu verteidigen.

Eine weniger angenehme Erscheinung dieser stürmischen Zeiten war es, dass das Parlament während der Sitzungen zum Kaffee kostenlos Zigaretten und Zigarren verteilte. Fast jeder rauchte (ein niederländischer Abgeordneter nahm immer gleich mehrere Zigarren). Da es keine Klimaanlage gab, war die Luft bald zum Schneiden, zumal einige italienische Abgeordnete sich aus Angst vor Zugluft jedem Versuch widersetzen, die Fenster zu öffnen. Voller Verzweiflung begann ich damals auch Zigarre zu rauchen, getreu dem Sprichwort: „Wenn Du Deinen Feind nicht schlagen kannst, verbünde Dich mit ihm“.

Auschusssitzungen in Luxemburg gab es weit weniger. Ich erinnere mich an eine Sitzung des Entwicklungsausschusses im Cercle Municipal am Place d'Armes, die von Gaston Thorn geleitet wurde, dem zukünftigen Ministerpräsidenten von Luxemburg und Präsidenten der Europäischen Kommission. Das Generalsekretariat war damals unter sehr beengten Bedingungen in der rue Beaumont im Herzen der Stadt Luxemburg untergebracht. Einige Büros lagen über einer Konditorei, und die dort beschäftigten mussten ständig den von unten heraufziehenden verführerischen Düften widerstehen! Einige Jahre später zog das Sekretariat dann in das neue Gebäude auf dem Kirchberg um.

Etwa ein halbes Dutzend Plenarsitzungen fand in Straßburg im ursprünglichen Sitz des Europarates statt, der seit langem abgerissen und dem neuen Gebäude gewichen ist. Das alte Gelände ist mir unvergesslich geblieben, denn genau daneben befand sich am Fluss ein Schwimmbecken. Das Tempo der parlamentarischen Arbeit war damals wesentlich ruhiger als heute, und so nutzten die sportlicheren Abgeordneten und Beamten während der Sommermonate die Mittagspausen manchmal für improvisierte Sportwettkämpfe. Der Kehrseite jener Zeit waren die gelegentlichen Nachtsitzungen, bei denen es meist um die Landwirtschaft ging. Herr Mansholt ertrug diese Sitzungen mit stoischer Ruhe, und es ging das Gerücht um, dass die ihm laufend gereichten Gläser Wasser in Wirklichkeit Gin Tonics aus der neben dem Parlament gelegenen Bar waren. Gott sei Dank wurden diese Nachtsitzungen bald eingestellt, nachdem ein älterer italienischer Abgeordneter um 4.00 Uhr morgens einen leichten Herzinfarkt erlitten hatte.

1971 kam ich zum Personal der Sozialdemokratischen Fraktion in Luxemburg. Wir hatten ein Büro in der 19. Etage des Tower-Gebäudes, von dem aus wir – so schien es uns zumindest – das ganze Großherzogtum überblicken konnten. Es gab vier Fraktionen mit insgesamt etwa 20 Mitarbeitern. Das Generalsekretariat hatte etwa 600 Mitarbeiter. Man kannte sich also untereinander, und in gewissem Sinne waren wir wie eine große Familie, die sich dem Ideal der europäischen Integration verschrieben hatte. Viele hatten schon von Anfang an für die Parlamentarische Versammlung gearbeitet. Die Beziehungen zwischen den Abgeordneten und den Mitarbeitern waren von gegenseitigem Respekt und von Vertrauen geprägt. Aufgrund Ihres doppelten Mandats waren die Abgeordneten naturgemäß mehr auf Mitarbeiter angewiesen.

Das darauf folgende Jahrzehnt war von erheblichen Veränderungen geprägt: die Erweiterungen von 1973 (Vereinigtes Königreich, Irland, Dänemark), 1981 (Griechenland) und 1986 (Spanien und Portugal), die kontinuierliche Ausweitung der Befugnisse des Parlaments, aber vor allem die erste Direktwahl von 1979, durch die sich die Anzahl der Abgeordneten zunächst verdoppelte und dann verdreifachte. Die Mitarbeiteranzahl stieg auf rund 3500, fast 400 für die einzelnen Fraktionen. Die Assistenten der Abgeordneten betraten die Bühne, misstrauisch beäugt von den alteingesessenen Mitarbeitern.

Dieses Tempo setzte sich in den darauf folgenden Jahren fort. Das Parlament wurde zu einer außerordentlich komplexen Institution, die ihresgleichen unter den Parlamenten sucht. Als ich Anfang 1999 in den Ruhestand ging, war das Europäische Parlament weit entfernt von seinem Vorgänger aus dem Jahr 1964! Der Versuchung widerstehend, die „gute alte Zeit“ in verklärtem Licht zu sehen, kann ich sagen, ich hatte das große Glück, aktiv an der edlen Sache der europäischen Integration mitwirken zu können, in einer Symbiose aus politischen Ideen und persönlicher Arbeitsethik.

**Dr. Manfred MICHEL**  
**Früherer Generalsekretär der SPE-Fraktion und Generaldirektor**

## **WAS BEDEUTET DER REFORMVERTRAG FÜR DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT?**

Im Februar begrüßte das Europäische Parlament den Reformvertrag, als es unserem Bericht mit 525 zu 115 Stimmen zustimmte. Jedoch ist der Ratifizierungsprozess bei weitem noch nicht abgeschlossen und umfangreiche Erörterungen und Aussprachen stehen noch bevor, bis der Vertrag hoffentlich bis Ende 2008 von allen 27 Mitgliedstaaten ratifiziert sein wird.

In der Debatte stehen die spannenderen Bestimmungen des Vertrags im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, wie die Doppelfunktion des Hohen Repräsentanten und die längere Amtszeit des Präsidenten des Europäischen Rates. Dagegen sind die Änderungen, die die Rolle des Europäischen Parlaments betreffen, weniger im Blickfeld, aber nicht weniger erheblich.

Tatsächlich ist das Parlament in mancherlei Hinsicht der große Gewinner des Reformvertrags, der, sofern er ratifiziert wird, eine Stärkung der Rolle des Parlaments hauptsächlich in dreierlei Hinsicht vorsieht:

- die Annahme praktisch aller Rechtsvorschriften der EU wird von der Zustimmung des Parlaments abhängen;
- das Parlament wird bevollmächtigt, den Präsidenten der Kommission zu „wählen“;
- die Rechte des Parlaments werden über Entscheidungen, die ihm von der Kommission übertragen werden, gestärkt.

Laut Reformvertrag wird das Mitentscheidungsverfahren zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren. Damit stärkt der Vertrag die Stellung des Parlaments und vollendet seine Entwicklung von einer besseren Schwatzbude vor dem Vertrag von Maastricht zu einem mit dem Rat gleichberechtigten Gesetzgeber im Rahmen des Zweikammernsystems der Gemeinschaft. Diese Änderungen werden bestimmten parlamentarischen Ausschüssen eine größere Rolle einräumen, insbesondere dem Landwirtschaftsausschuss, dem Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, dem Haushalts- und dem Fischereiausschuss.

In gleicher Weise bestimmt der Vertrag, dass alle Haushaltsausgaben der doppelten Genehmigung durch den Rat und das Europäische Parlament unterliegen. Das ist von besonderer Bedeutung für die Ausgaben im Landwirtschaftssektor, über die derzeit ausschließlich im Rat entschieden wird. Die Öffnung dieser Politikfelder für das Europäische Parlament, in dem MdEP sich eher nach ideologischer Ausrichtung als nationaler Zugehörigkeit unterscheiden, wird politisches Handeln zwangsläufig transparenter und die Art und Weise, wie die EU ihre Mittel ausgibt, offener und ausgewogener machen.

Die zweite große Änderung ist die Bestimmung, dass das Parlament den Präsidenten der Kommission wählt, und zwar auf Vorschlag des Europäischen Rates, der den Ausgang der Wahlen zum Europäischen Parlament berücksichtigt.

Diese Änderung schreibt die derzeitige Praxis fest, wonach der Kommissionspräsident vom Europäischen Rat benannt wird und der Vorschlag vom Parlament und der Kommission bestätigt oder abgelehnt werden muss, insgesamt vorbehaltlich eines parlamentarischen Vertrauensvotums vor Amtsantritt des Kandidaten. Allerdings leistet der neue Verweis im Vertrag auf die „Wahl“ des Kommissionspräsidenten durch das Parlament einem System Vorschub, bei dem die Auswahl des Kommissionspräsidenten nach politischen Gesichtspunkten erfolgt. Läge diese Auswahl tatsächlich in den Händen des Parlaments, so würde sie sehr wahrscheinlich zu einer Angelegenheit werden, die im Wahlkampf zu den Europawahlen eine Rolle spielt.

Darüber hinaus wird das Parlament ein Vetorecht bei „quasi-legislativen“ Entscheidungen der Kommission haben, bei denen es Befugnisse an die Kommission übertragen hat sowie das Recht, die Übertragung dieser Befugnisse aufzuheben.

Ferner gibt es einige kleinere, nichtsdestotrotz spürbare Änderungen. Die Zahl der Arten internationaler Verträge und Übereinkommen, die eine Zustimmung des Parlaments erfordern, nimmt zu. Das Parlament benennt ein Mitglied für das Gremium zur Auswahl von Kandidaten für den Europäischen Gerichtshof. Es erhält das Recht, Änderungen des Vertrages vorzuschlagen und das Verfahren (einfaches Verfahren oder Einberufung eines Konvents) ihrer Prüfung zu bestimmen. Und darüber hinaus gibt es weitere Änderungen.



Mit dem Reformvertrag wird für das Europäische Parlament ein entscheidender Schritt nach vorne getan. Er weist ihm einen Platz im Zentrum des EU-Beschlussverfahrens zu und fügt wichtige demokratische Schutzklauseln hinzu. Er schafft eine leistungsfähigere Union mit höherer demokratischer Verantwortlichkeit. Nun sind wir an der Reihe. Hatte nicht Shelley verkündet, „die Dichter sind die Gesetzgeber der Welt“?

**Richard CORBETT (SPE, Vereinigtes Königreich)**  
**Íñigo MÉNDEZ DE VIGO (EVP-ED, Spanien)**

## UNIVERSITÄT FLORIDA 2008

Ich war im April 2008 über den Verein der ehemaligen Abgeordneten zu einem Besuch beim Centre for European Studies (Zentrum für europäische Studien) im Rahmen des Studienprogramms des Zentrums zur Erweiterung der Europäischen Union eingeladen, wo ich einige sehr ausgefüllte Tage verlebte.

Ich bin jetzt ein „Gator“ ehrenhalber. Dieses Wort ist die Kurzform für Alligator, der in den Sümpfen Floridas lebt und sogar in dem großen See auf dem Universitätsgelände schon gesichtet worden sein soll. „Gator“ werden die Studenten genannt, und es ist vor allem der Name der sehr erfolgreichen Football-Mannschaft.

Das Centre for European Studies wurde im August 2003 gegründet. Inhaberin des Jean-Monnet-Lehrstuhls und Direktorin des Zentrums ist Amie Kreppel. Letztes Jahr wurde mit europäischen Fördermitteln ein Jean-Monnet-Fachzentrum gegründet, das einzige seiner Art in den USA.

Ich habe zwei Vorlesungen gehalten. Bei der ersten ging es um das Wachstum der Europäischen Union und die Aussichten für den Beitritt Kroatiens. Die Studenten hatten sich im Rahmen ihrer Lehrveranstaltungen mit den Fortschritten Kroatiens bei der Vorbereitung auf den Beitritt beschäftigt. Die zweite Vorlesung betraf die Außen- und Nachbarschaftspolitik der EU. In beiden Vorträgen habe ich die seit den Direktwahlen 1979 immer umfangreicher werdenden Befugnisse des Europäischen Parlaments hervorgehoben und die Bedeutung des Vertrags von Lissabon für die Entwicklung der Union betont

Darüber hinaus leitete ich Seminare zur Demokratisierung und Wirtschaftspolitik und sprach auf einem Treffen des EU-Klubs, den Studenten Anfang des Jahres gegründet haben. Sie bombardierten mich mit Fragen, was mich von ihrem ausgeprägten Interesse für europäische Angelegenheiten überzeugte. Die Frage der türkischen Mitgliedschaft kam immer wieder zur Sprache. Ich erklärte, dass ich persönlich zwar dafür sei, aber sicherlich noch viel Zeit bis dahin vergehen werde, wenn es überhaupt dazu komme. Besonders in Erinnerung sind mir auch Fragen über die Entwicklung der Demokratie, die Rolle der Gewerkschaften und die parteipolitische Organisation im Europäischen Parlament.

Ich hatte etwa ein Dutzend Treffen mit Mitarbeitern anderer Bereiche, einige in Verbindung mit Energiethemen. Viele Mitarbeiter haben Kontakte in die Mitgliedstaaten und zur Kommission. Ein Bereich wirkt an der Lösung von Problemen bei der Wasserversorgung in Bulgarien mit, ein anderer ist an einem französischen Programm für nachhaltige Entwicklung ohne Verwendung erschöpfbarer Ressourcen beteiligt. Die Universität befasst sich mit der gesamten Bandbreite der Energiefragen, und es zeigte sich deutlich, dass man in den USA denkbaren Lösungen zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes aufgeschlossen gegenübersteht und die Arbeit als noch am Anfang stehend betrachtet.

Die Florida University ist riesig; mit über 50 000 Studenten ist sie die viertgrößte in den USA, und ihr ausgedehntes Gelände dominiert die Stadt Gainesville. Das Centre for European Studies deckt einen breiten Arbeitsbereich ab. Neben den Fachgebieten EU-Entwicklung und –Politik widmet es sich auch dem Studium der griechischen, tschechischen, ungarischen, polnischen und türkischen Sprache und veranstaltet in den Sommermonaten Studienreisen nach Krakau, Salzburg, Prag und Brüssel.

„Europa nach Florida bringen“ gehört zum Auftrag des Centres, und ich hoffe, mein Besuch hat dazu beigetragen, seine Arbeit bekannter zu machen. Persönliche Kontakte sind durch die Entfernung eingeschränkt, aber aktuelle und ehemalige Europaabgeordnete könnten doch mit Studentengruppen, die hierher reisen, einen gewissen Kontakt pflegen. Ein Weg dazu könnte die Einrichtung eines virtuellen Forums für Diskussionen zu gemeinsamen Themen sein, was auch der Arbeit des Transatlantischen Wirtschaftsrates zugute kommen würde. Die zeitlichen und physischen Grenzen, die der Atlantik wohl setzt, lassen sich mithilfe von E-Mails und Internet überwinden.

Gordon Adam

## **REISE EINER BELGISCHEN DELEGATION DER ZIVILGESELLSCHAFT NACH PALÄSTINA UND ISRAEL 23.-28. März 2008**

### **1. Lage**

Auf Veranlassung der Kampagne „60 Jahre Enteignung, 40 Jahre Besatzung“ unternahm eine belgische Delegation eine Reise in die palästinensischen Gebiete und nach Israel. Die Delegation besuchte den Gazastreifen, das Westjordanland und Jerusalem. Das Programm sah Begegnungen und Gespräche mit israelischen und palästinensischen Organisationen sowie Organisationen der Vereinten Nationen vor.

Alle Mitglieder der Delegation waren betroffen zu sehen, wie weit die Realität vor Ort und das vorherrschende Bild vom israelisch-palästinensischen Konflikt auseinanderklaffen. Die Fortsetzung des Baus der Mauer, die die israelischen und palästinensischen Gebiete, aber auch palästinensische Gebiete untereinander trennt, der Ausbau der Siedlungen und die dramatische Verschlechterung des täglichen Lebens in den Palästinensergebieten gehörten zu den augenfälligsten Beobachtungen. Gleichzeitig muss hervorgehoben werden, dass viele palästinensische Gesprächspartner ihre Hoffnung auf eine Verhandlungslösung mit Israel und die Verbesserung ihrer auf den ersten Blick aussichtslos scheinenden Lage zum Ausdruck brachten.

### **2. Unsere Schlussfolgerungen**

1. Die Teilnehmer, die eine breite Palette sowohl flämisch- als auch französischsprachiger Gewerkschafts-, Entwicklungs- und Kulturorganisationen vertraten, haben beschlossen, einen **gemeinsamen Aktionsplan** für Palästina aufzustellen. Wir schlagen vor, alles zu tun, um die öffentliche Meinung über die wirkliche Lage in den palästinensischen Gebieten zu informieren und unsere jeweiligen politischen Führungen in die Pflicht zu nehmen. Wir betrachten dies als unseren Beitrag zu einer internationalen Solidaritätskampagne, die die Aufmerksamkeit auf die israelisch-palästinensische Frage lenken soll.

2. Wir fordern die **belgische Regierung** auf, die dramatische Lage der palästinensischen Territorien und vor allem des Gazastreifens umgehend auf die Tagesordnung des Europäischen Rates, des Rates Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen sowie des Sicherheitsrates

der Vereinten Nationen zu setzen. Konkret wollen wir, dass die belgische Regierung die Initiative ergreift und die **Aufhebung der Wirtschaftsblockade** im Gazastreifen und vor allem die Beseitigung aller Schranken, die die medizinische Versorgung und die Versorgung mit grundlegenden Lebensmitteln der Einwohner von Gaza behindern, in diesen Institutionen auf die Tagesordnung setzt. Belgien muss dafür eintreten, dass alle vom Gesundheitswesen benötigten Erzeugnisse frei und ungehindert eingeführt werden und alle Bewohner von Gaza, die eine medizinische Versorgung außerhalb des Gazastreifens benötigen, das Gebiet frei und ungehindert verlassen dürfen.

3. Im Übrigen sind wir der Ansicht, dass **derjenige, der die mit ausländischem Geld finanzierten Projekte und Einrichtungen zerstört, für diese Schäden aufkommen muss**. Es erscheint uns selbstverständlich, dass Projekte, die mit dem Geld belgischer Steuerzahler finanziert und bei israelischen Angriffen zerstört wurden, von Israel ersetzt werden. Konkret verlangen wir von der belgischen Regierung, diesen Grundsatz im Hinblick auf belgische und europäische Projekte in den palästinensischen Territorien aktiv zu unterstützen.

4. Schließlich fordern wir, dass das belgische Parlament die Debatte über die **präferenzielle Einfuhr von Erzeugnissen aus den Siedlungen** in den europäischen Markt eröffnet. Israel lehnt eine korrekte Anwendung des mit der EU geschlossenen Assoziierungsabkommens nach wie vor ab und exportiert weiterhin Erzeugnisse aus den Siedlungen, indem es diese als Produkte deklariert, deren Ursprung in Israel liegt. Belgien sollte bei der Entwicklung von Kontrollmechanismen, die Israel daran hindern, seine Siedlungen in die Handelsbeziehungen zu Europa einzubeziehen, als treibende Kraft wirken. Denn Israel verschafft sich nicht nur illegale Vorteile aus den bilateralen Abkommen, sondern zieht die EU auch in eine Politik hinein, die der Internationale Gerichtshof als völkerrechtswidrig einstuft.

**Nelly MAES**

Greens, Belgium (1998-2004)

[nelly.maes@skynet.be](mailto:nelly.maes@skynet.be)

## **FÜR EINE EUROPÄISCHE PRÄFERENZ IM MARKT FÜR VERTEIDIGUNGSGÜTER**

Bereits im Vertrag von Rom hat die enge Verbindung zwischen dem Konzept der nationalen Souveränität und dem Begriff der Verteidigung dazu geführt, dass die Verteidigungsindustrie von den Regeln des Binnenmarktes ausgenommen und besonders behandelt wurde. Der neue Vertrag von Lissabon hat daran nichts geändert (Artikel 296 des Vertrages von Amsterdam wurde zu Artikel 346). Dieser besagt: „Jeder Mitgliedstaat kann die Maßnahmen ergreifen, die seines Erachtens für die Wahrung seiner wesentlichen Sicherheitsinteressen erforderlich sind, soweit sie die Erzeugung von Waffen, Munition und Kriegsmaterial betreffen“.

Diese Ausnahmeregelung wird von den Mitgliedstaaten heute missbräuchlich ausgenutzt.

Der europäische Verteidigungsgütermarkt zeichnet sich seither durch eine erhebliche nationale Zersplitterung aus, die Doppelungen bei den Programmen und Ausrüstungen bewirkt und dadurch die europäische Interoperabilität schwächt.

Die Europäische Kommission hat die Aufmerksamkeit bereits zum wiederholten Male auf die Notwendigkeit gelenkt, einen wirklichen europäischen Verteidigungsgütermarkt zu schaffen. Heute wird der Vorschlag für eine Richtlinie über die innergemeinschaftliche Verbringung von

Verteidigungsgütern im Europäischen Parlament geprüft. Damit dürfte die Debatte endlich angestoßen worden sein.

In der Tat wird der Begriff der „nationalen Präferenz“, wie er in diesem Artikel unterstützt wird, seit Jahren von denjenigen in Frage gestellt, die die Anwendung des Grundsatzes der „europäischen Präferenz“ verfechten.

Auf die Verteidigung bezogen findet sich der Begriff der „europäischen Präferenz“ gegenwärtig in keinem europäischen Vertrag. Selbst die europäische Verteidigungsagentur hat diesen Grundsatz nicht in ihrer Satzung festgehalten. Ihr Lenkungsausschuss nahm, indem die Mitgliedstaaten der Agentur verpflichtet wurden, sich gegenseitig über Ausschreibungen und vergebene Aufträge zu informieren, im November 2005 lediglich einen Verhaltenskodex zur besseren Koordinierung des europäischen Verteidigungsgütermarkts an.

Seither ähnelt die Anwendung des Grundsatzes der „europäischen Präferenz“ mehr einer einfachen europäischen Zusammenarbeit für Programme, bei denen der Staat über seine nationalen Unternehmen von einem Teil des Marktes profitiert, als einer wirklichen gemeinsamen Politik der Beschaffung von Verteidigungsgütern.

In einigen Fällen erweist sich diese Zusammenarbeit als echter Erfolg. Nehmen wir nur die Beteiligung mehrerer europäischer Staaten am Programm des Transporters A-400 M, das unter der Leitung der OCCAR steht, am Programm Eurocopter NH-90 oder am NEURON-Projekt zur Demonstration zukünftiger unbemannter Flugzeuge.

In anderen Fällen hat sich erwiesen, dass die Koordinierung an Grenzen stößt: traurigste Berühmtheit erlangte hier die finanzielle und/oder technologische Beteiligung europäischer Staaten an der Entwicklung des amerikanischen Kampfflugzeugs JSF/F35 auf Kosten des Eurofighter.

Müssen wir also weiter gehen und den Grundsatz der europäischen Präferenz zu einer offiziellen Angelegenheit machen?

Die Enge der nationalen Märkte und die Unterausstattung der Verteidigungshaushalte haben dazu geführt, dass die Industrie sich ihrer Interessen bewusst wird, sich spezialisiert und zusammenarbeitet. Auf der Ebene der Staaten ist das nicht immer der Fall.

Die Idee von der „Militärmacht“ Europa bahnt sich ihren Weg, doch sind die politischen und wirtschaftlichen Vorbehalte noch zahlreich.

Für einige Staaten verkörpert selbst der Begriff der „europäischen Verteidigung“ nur einen verschwommenen Inhalt von geringem Belang.

Andere sind nicht bereit, ihr privilegiertes Verhältnis zu den USA als Handelspartner und/oder Garant ihrer erst unlängst erworbenen Autonomie und Sicherheit aufs Spiel zu setzen.

Wieder andere (die großen Rüstungsproduzenten unter den europäischen Staaten) unterliegen einem protektionistischen Reflex.

Auch wenn die europäische Präferenz, obgleich vertraglich verankert, aus allen diesen Gründen heute nicht unumschränkt sein kann, wird sie sich letzten Endes in Politik, Wirtschaft und Industrie doch durchsetzen.

In der Tat stellt die europäische Präferenz angesichts des zwischen Europa und Amerika bestehenden Ungleichgewichts des Verteidigungsgütermarkts die einzige Lösung für eine militärische Unabhängigkeit Europas dar, die wiederum der Garant für die Autonomie seiner Außenpolitik ist.

**Philippe MONFILS**

**Staatsminister**

**Senator**

**Ehemaliger Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsausschusses Belgiens**

**ELDR, Belgien (1995-1999)**

[philippe.monfils@skynet.be](mailto:philippe.monfils@skynet.be)

### **UNKOMPLIZIERT UND ENTSPANNT**

Wann konnten Sie das von sich sagen? Ich hatte Glück gehabt und diesen Zustand erlebt. Nicht durch Nichtstun, sondern durch die Begegnung mit einem europäischen Jugendprojekt, getragen von ehrenamtlich Mitwirkenden: Es handelt sich hier um die Deutsch-Skandinavische Jugend-Philharmonie ([www.dskjph.de](http://www.dskjph.de)).

Ganz Europa diskutiert zur Zeit den demographischen Wandel. Wie heißt es überall und in allen Medien: Alt gegen Jung; Jung gegen Alt; Alt und Jung?! Ich entscheide mich für Letzteres. Sie doch auch – da bin ich mir ganz sicher! Alt und Jung gemeinsam, mit gemeinsamen Zielen, einem gemeinsamen Weg, ganz im Sinne der sozialen Komponente des Vertrags von Lissabon. Nur das sichert den inneren Frieden!

Einen Beweis bin ich Ihnen schuldig? Nehmen wir die oben erwähnte Jugend-Philharmonie. Ihr Radius erstreckte sich seit ihrer Gründung 1991 zunächst nur auf den deutsch-skandinavischen Raum. Heute strahlt sie aus auf das Baltikum und darüber hinaus. Einmal im Jahr, jeweils zur Jahreswende, trifft sich das internationale Orchester in einem Zeitraum von 14 Tagen. Die Zusammensetzung unterscheidet sich von Jahr zu Jahr, auch die Instrumentierung. Alte und neue Instrumente ergänzen sich in immer wieder unterschiedlicher Art und Zahl. Dem bewährten Dirigenten steht dabei ein erfahrenes Dozententeam ebenfalls internationaler Orchestermusiker zur Seite. Das Repertoire bedient überwiegend ausgewählte Musikthemen des Nord- und Ostsee-Raumes, Ur- oder Erstaufführungen werden von Musikstudenten, jungen Berufsmusikern und Schülern mit besonderen instrumentalen Fähigkeiten und dem Berufswunsch Orchestermusiker begleitet. Die Programme sind unkonventionell, die Werkstattkonzerte deswegen ungemein populär.

Und ich möchte Ihnen noch mehr von diesem europäischen Kleinod erzählen: Ohne die Jugend-Philharmonie hätten wir bedeutende Musik nicht hören können. Sie verbindet Folklore, Tradition und die Moderne, und das urwüchsig. Dies schweißt die jungen Europäer

zu einer entspannten musikalischen Gemeinschaft zusammen. Ausgewählt werden sie nach eingesandter Demo-CD, dann reisen sie auf eigene Kosten an und müssen sogar noch eine Teilnehmergebühr zahlen! Zur letzten Orchesterwoche 2007/2008 kamen sie aus 20 Ländern!

Was kann ich noch sagen: Natürlich braucht die Philharmonie Sponsoren. Das wird jedoch immer schwieriger; wir kennen das ja. Die Nordischen Botschaften fördern das Bemühen, das Goethe-Institut auch. Aber es müssen auch neue Quellen aufgetan werden. Deswegen und um ein zuverlässiges Netzwerk der bisherigen und der neuen Musiker und Professoren zu etablieren, bin ich zum Beispiel in Finnland gewesen, um vor Ort zu werben.

Es gibt manche Sorgenfalte. Aber die Ausstrahlung, die Sorgfalt, die musikalische Sensibilität möchte ich nicht missen; sie halten Jung und Alt zusammen, Geschichte und Zukunft gehen hier Hand in Hand. Das ist, was Europa reich macht. Das ist, was auch die Former Member Association sich zu eigen macht, wenn der politische Diskurs auf den Reisen geführt wurde und ein Opernbesuch anstand.

Übrigens: Die 33. Orchesterwoche findet zum Jahreswechsel 2008/2009 wie immer in Berlin in der Berliner Philharmonie und bei den Nordischen Botschaften statt, und dann ist das musikalische Thema Dänemark.

**Brigitte LANGENHAGEN**  
**EPP-ED, Deutschland (1990-2004)**  
[brigitte-langenhagen-cux@t-online.de](mailto:brigitte-langenhagen-cux@t-online.de)

**DIE WÜRDE VON ÄLTEREN MENSCHEN SCHÜTZEN**  
**Prävention von Gewalt gegen ältere Menschen und Vernachlässigung**  
**Renate Heinisch im Gespräch mit Kommissar Spidla bei der Konferenz in Brüssel**

Die Zahl älterer Menschen, insbesondere jener über 80 Jahre, wird im Laufe der kommenden Jahrzehnte schnell anwachsen. Viele von ihnen werden von der Pflege durch Familienangehörige oder professionelles Pflegepersonal abhängen und damit potentiell anfällig für Formen von Vernachlässigung oder Gewalt sein. Das Wohl und die Würde dieser Menschen zu schützen, wird eine der wichtigsten Herausforderungen für unsere Gesellschaften darstellen. Deshalb wurde dieses gesellschaftliche Problem auch auf europäischer Ebene erörtert.

Kommissar Spidla hat Politikern und Stakeholdern aus ganz Europa die Gelegenheit gegeben, dieses Thema auf der Konferenz zu erörtern.

Renate Heinisch konnte die Forderungen ihres Berichtes "Misshandlung älterer Menschen" einbringen: Unsere Gesellschaft wird daran gemessen werden, wie sie mit ihren alten Menschen umgeht.

Wie sieht unsere Gesellschaft alte Menschen? Sind sie geschätzt, geachtet, integriert? Hat unsere Gesellschaft einen Platz für alte Menschen? Und welches Bild haben wir vom Alter - wie wollen wir im Alter leben? Misshandlungen alter Menschen ist ein stark vernachlässigtes Thema, das immer noch verharmlost und verdrängt wird. Besondere Risiken bestehen für alte Menschen, die pflegeabhängig sind oder in häuslicher Abgeschiedenheit leben. Wie können pflegebedürftigen alten Menschen würdevolle Lebensbedingungen gewährleistet werden?

Europa braucht mehr Sensibilität für die Situation der Pflegebedürftigen und der Pflegenden und Europa braucht mehr Mut hinzuschauen und zu reagieren. Europa kennt die Kulturen seiner Mitgliedsstaaten und muss dennoch das Tabu Gewalt durchbrechen, denn die Staaten gehen damit unterschiedlich um. Europa muss gemeinsam die Werte der EU (Charta der Grundrechte) verteidigen und die "Unantastbarkeit der Würde des Menschen in den Mittelpunkt seines Handelns stellen.

Die EU muss die treibende Kraft für Veränderungen sein und dabei die Vielfalt vor Ort beachten und best practise unterstützen. Dazu sind transdisziplinäre Europa Treffen notwendig.

**Renate HEINISCH**

PPE-ED, Deutschland (1994-1999)

[info@renate-heinisch.de](mailto:info@renate-heinisch.de)

## **DIE FRANZÖSISCHEN DEPARTEMENTS IN AMERIKA (DFA<sup>2</sup>) IM ZEICHEN DES WIRTSCHAFTSPARTNERSCHAFTSABKOMMENS (WPA) EU-CARIFORUM<sup>3</sup>**

Zum Abschluss eines Verhandlungsmarathons wurde am Sonntag, dem 16. Dezember 2007, in aller Morgenfrühe auf Barbados das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) zwischen der EU und dem CARIFORUM paraphiert. Dies ist der einzige der sechs WPA, das paraphiert werden konnte. Fünf weitere, vorgesehen für die Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft (SADC), Ost- und Südafrika, Zentralafrika, Ostafrika und die asiatisch-pazifische Region, befinden sich noch im Diskussionsstadium.

### ***Worum handelt es sich bei den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen?***

Der Anspruch des Cotonou-Abkommens besteht darin, die Handelsbeziehungen zwischen der EU und den AKP-Ländern mit den Grundsätzen der Welthandelsorganisation (WTO) in Einklang zu bringen. Dabei geht es um die Liberalisierung des Handels zwischen der EU und den AKP-Staaten durch Abschaffung der Handelspräferenzen und der Nichtgegenseitigkeit, die für die früheren Lomé-Abkommen charakteristisch waren. Als die EU am 24. April 2007 beschloss, diesen Ländern einen uneingeschränkten Zugang zu ihrem Markt zu gewähren, waren die CARIFORUM-Länder eher bestrebt, die ihnen durch die Protokolle von Lomé zugestandenen Präferenzregelungen (Zucker, Bananen usw.) beizubehalten, den Weg zur Gegenseitigkeit in den Handelsbeziehungen hinauszuzögern und zusätzliche Finanzbeihilfen zum Ausgleich der sinkenden Exportpreise (Zucker, Bananen, Reis usw.) und der Steuerausfälle in Anspruch zu nehmen, die sie infolge der Liberalisierung in Kauf nehmen müssten.

### ***Mit welchen Auswirkungen müssen die DFA rechnen?***

Langfristig gesehen kann die vollständige und gegenseitige Liberalisierung des Handels zwischen den beiden Ländergruppierungen für die DFA nur eine Verbesserung ihrer Stellung mit sich bringen, die seit Lomé I zur Stellung der CARIFORUM-Ländern in einem stark asymmetrischen Verhältnis stand. Auf kurze Sicht sind die Perspektiven eher besorgniserregend. Anfänglich wird es zu ungleichen Verhältnissen zwischen den DFA und den CARIFORUM-Ländern kommen. Doch darf das Risiko auch nicht überbewertet werden. Als Erstes sei daran erinnert, dass die Volkswirtschaften der DFA für die Einfuhren aus den CARIFORUM-Ländern – und den gesamten AKP-Ländern - seit 1975 geöffnet sind. Zweitens konnten die Regionen im Wirtschaftspartnerschaftsabkommen einige Maßnahmen durchsetzen, mit denen die Interessen der DFA gewahrt werden. Es geht dabei vor allem um das Heraushalten der Sondersteuer „octroi de mer“ aus den Verhandlungen, um den Ausschluss der Bananen- und Zuckereinfuhren vom Markt der DFA bis zum Jahr 2028 und schließlich um die regionalisierte Schutzklausel, die in den DFA aktiviert werden kann.

### ***Perspektiven für den Dienstleistungssektor***

Außerdem muss festgestellt werden, dass sich in den DFA ebenso wie in den Ländern des CARIFORUM in den letzten Jahrzehnten ein Wandel der Wirtschaftsstrukturen weg von der Ausfuhr von Waren (bei denen es sich meist um Primärprodukte handelte) und hin zur Ausfuhr von Dienstleistungen vollzogen hat<sup>4</sup>. Was die Wettbewerbsfähigkeit der Dienstleistungen angeht,

<sup>2</sup> Guadeloupe, Guyana und Martinique.

<sup>3</sup> CARIFORUM: Antigua und Barbuda, Barbados, Belize, Dominica, Grenada, Guyana, Haiti, Jamaika, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, St. Kitts und Nevis, Suriname, Trinidad und Tobago.

<sup>4</sup> Zu diesem Thema ist hinzuweisen auf unsere neueste Veröffentlichung „Les îles à Sucre, de la Colonisation à la Mondialisation“, speziell die Kapitel 12 und 13.

so sind die entscheidenden Faktoren nicht die niedrigen Lohnkosten, sondern das hohe Qualifikationsniveau der Angestellten, die Entwicklung und die Qualität der Infrastrukturen für Verkehr, Telekommunikation und IKT, und die Investitionskapazitäten in Technologie. Unter diesem Gesichtspunkt sind die DFA potenziell besser aufgestellt als viele Länder der Karibik. Die DFA müssen unter diesen Bedingungen ihren Vorsprung halten und versuchen, den größtmöglichen Nutzen aus den Möglichkeiten zu ziehen, die die Ausfuhr von Dienstleistungen bietet. Sie könnten versuchen, neue Märkte in der Karibik zu erobern und zum Beispiel medizinische Dienstleistungen von hoher Qualität zu exportieren, wie dies teilweise bereits mit der Ausfuhr in die Länder des CARIFORUM<sup>5</sup> geschieht.

Schließlich werden die DFA ihren Dienstleistungsaustausch mit den CARIFORUM-Ländern nur dann ausgewogen entwickeln können, wenn einige allgemeine Bedingungen respektiert werden. Einerseits darf der massive Zustrom von qualifizierten oder nicht qualifizierten, vorübergehend oder unbefristet angestellten Arbeitskräften nicht gefördert werden, da durch ihre große Zahl der prekäre Arbeitsmarkt der DFA destabilisiert und die Spannungen zwischen den Gemeinschaften verstärkt würden, was die Annäherung der DFA an die Karibik-Länder erschweren würde. Die Lage ist sowohl auf Guadeloupe als auch in Guyana unter diesem Gesichtspunkt bereits jetzt recht besorgniserregend. Andererseits ist dafür zu sorgen, dass Bedingungen für ein günstiges Klima für Handel und Wandel innerhalb des CARIFORUM geschaffen werden.

**Jean CRUSOL**

**PSE, Deutschland (1988-1989)**

[jean.crusol@martinique.univ-ag.fr](mailto:jean.crusol@martinique.univ-ag.fr)

Professor der Wirtschaftswissenschaft

## **HIER DIE GEGENWART, DORT DIE VERGANGENHEIT**

Wenn man das Glück hatte, zwölf intensive Jahre seines Lebens dem Europäischen Parlament gewidmet zu haben, kann Eigenartiges geschehen: Ereignisse der Gegenwart rufen Erinnerungen an Geschehnisse, Umstände oder Episoden wach, die in jener vergangenen Zeit stattgefunden haben. Manchmal ist das sehr angenehm, weil das, was heute geschieht, auf erfreuliche Art und Weise unsere Erinnerungen ergänzt; andere Male hat man nicht dieses Empfinden, sondern ein völlig gegenteiliges, weniger angenehmes Gefühl.

Ich habe in kurzer Zeit diese beiden Erfahrungen gemacht, die sich zwar formal ähneln, jedoch inhaltlich vollkommen unterscheiden. Vielleicht rufe ich, wenn ich über diese Erfahrungen berichte, bei einigen Mitgliedern unseres Vereins, die diese Zeilen lesen, vielleicht ja ähnliche Erinnerungen wach.

Die erste Erfahrung betrifft eine Musikgesellschaft, die mich schon vor vielen Jahren ehrte, indem sie mich zu ihrem Ehrenpräsidenten ernannte. Ich meine die „Sociedad Musical Instructiva Santa Cecilia“ von Cullera, einer schönen Ortschaft in der Autonomen Gemeinschaft Valencia, südlich der Hauptstadt Valencia gelegen, wo Reis und Orangen angebaut werden und deren Einwohner unter der Obhut ihrer Schutzpatronin, der Virgen del Castillo, in Frieden ihrer Arbeit nachgehen. Und es ist diese Ortschaft Cullera, die im Winter 20 000 Einwohner zählt, doch bei Einzug des Sommers an ihren wunderschönen Mittelmeerstränden über 200 000 Touristen aus Spanien und aus dem Ausland bei sich aufnimmt. Vor vielen Jahren konnte ich die Gelder, die das Europäische Parlament dafür einsetzt, um Europa unseren Mitbürgern näher zu bringen, für eine Einladung an die Musikgesellschaft „Santa Cecilia“ verwenden. Ihr wunderbares Symphonieorchester gab in Straßburg ein Konzert, das die Zuhörer im Großen Saal der Stadt begeisterte. Der Präsident der Gesellschaft, Don Vicente Pellicer Tur, leitete mit bewundernswertem Geschick die Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag der Gesellschaft, die

---

<sup>5</sup> Es gibt zahlreiche Beispiele von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens oder auch weniger bekannter Personen von den Nachbarinseln, die in den Universitätskliniken von Guadeloupe und Martinique behandelt wurden.



inzwischen vorüber sind. Kurz vor ihrem glanzvollen Abschluss wurde die Gesellschaft „Santa Cecilia“ mit ihren 150 Musikern erneut zum besten Orchester der Autonomen Gemeinschaft Valencia gekürt. Solche Orchester haben in Valencia den gleichen Stellenwert wie meisterhafte Sänder in Deutschland.

Die zweite Erfahrung ist weniger angenehm, sie ist sogar recht traurig. Ihr erster Teil geht auf die Wahlen zum Europäischen Parlament 1999 zurück. Damals war Loyola de Palacio Spitzenkandidatin der spanischen Volkspartei (PP) und errang mit großer Mehrheit den Sieg, obwohl auch die Sozialisten mit Rosa Díez eine weitere bemerkenswerte Frau als Spitzenkandidatin hatten, die wie Loyola ebenfalls aus dem Baskenland stammt, sich aber bald von ihrer Partei trennte. Die vor kurzem an Krebs verstorbene Loyola war alsbald fünf Jahre lang Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Kommissarin für die Beziehungen zum Europäischen Parlament sowie für Energie und Verkehr. Aus meiner Sicht als ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments kann ich nur bestätigen, dass sie bewundernswerte Arbeit geleistet hat. Dennoch ist es einigen Abgeordneten des Parlaments vorerst gelungen zu verhindern, dass Stipendien für Studenten der Fachrichtungen Energie und Verkehr nach ihr benannt werden, weil die großartige Loyola, die 25 Jahre alt war, als Franco starb, für sie anscheinend „keine gute Demokratin“ war. Diese Haltung macht mich traurig, und ist meines Erachtens völlig ungerechtfertigt, denn die große Loyola hat viel gute Arbeit geleistet, um in unserer Gesellschaft demokratische Überzeugungen zu verwurzeln. Aber so war es.

Der Kontrast zwischen den beiden soeben von mir beschriebenen Erfahrungen liegt wohl auf der Hand.

**Carlos Robles Piquer**

## ÜBERSETZEN IN DER PRAXIS

Einst habe ich gesehen, wie ein begnadeter Redner scheiterte, als er zum ersten Mal mit der europäischen Vielsprachigkeit konfrontiert wurde. Er konnte mit einem Saal spielen. Allein schon dadurch, dass er nach einem in seinen Augen beifallswürdigen Statement eine lange Pause einlegte, zwang er sein Publikum zum Applaus. Diese Gabe erzielte jedoch nur bei Heimspielen problemlos ihre Wirkung. Er hatte keine Erfahrung mit einer verdolmetschten Rede, und das brach ihm das Genick. Schon bald bemerkte er, dass seine Beifall-Pausen wenig Widerhall fanden, sprach also einfach weiter, wurde dann aber plötzlich, als er es nicht mehr erwartete, von Applaus aus dem Saal unterbrochen. Er versuchte eifrig, in den richtigen Momenten mit dem Sprechen aufzuhören, um dem Saal Gelegenheit zu geben, ihm zuzujubeln. Aber diese unnatürlichen Pausen sorgten nur dafür, dass sein Text jeden Zusammenhang verlor. Offenbar hatte er nicht ganz begriffen, dass das Dolmetschen nun einmal einen radikal anderen rednerischen Ansatz erfordert.

Schwieriger wird es, wenn Dolmetscher selbst Kommentare abgeben. Ich habe dies einmal erlebt, als eine der französischen Dolmetscherinnen einem Beitrag eines anderssprachigen Abgeordneten die Diagnose hinzufügte „Mais quel con!“ (Was für ein Idiot!). Ein Abgeordneter aus seiner Partei, der in Französisch mithörte, reichte prompt eine Beschwerde ein, die im Präsidium behandelt wurde. Die betreffende Dolmetscherin wurde angehört und leugnete knallhart, den Ausspruch getan zu haben. Ihre Verteidigung zeigte ihr großartiges Sprachgefühl und eine gute Kenntnis der Technik. Sie behauptete, dass durch den Beitrag des Abgeordneten des Vlaams Blok eine solche Unruhe im Saal entstanden war, dass sie den Ausführungen des Abgeordneten nicht mehr richtig folgen können. In dem betreffenden Moment habe sie gesagt „Mais quelle confusion!“ (Was für ein Durcheinander!), wobei – ihren Angaben zufolge – ihr Mikrofon nach der Hälfte des Satzes vom Techniker ausgeschaltet wurde. Dies klang einigermaßen plausibel.

Auch ohne Dolmetscher gibt es linguistische Zwischenfälle im Parlament. So als eines der englischen Mitglieder der Konservativen sich zu Unrecht beschwerte, seine Verdolmetschung funktioniere nicht. Das war während einer Rede seines schottischen Labour-Kollegen, der aus Glasgow stammte, wo man einen nahezu unverständlichen Dialekt spricht. Der Schotte war „not amused“.

Im Verkehrsausschuss hatte in meiner ersten Sitzungsperiode der Grieche Georgios Anastasopoulos den Vorsitz inne, der hervorragend Englisch und Französisch sprach und die Sitzungen daher in letzterer Sprache leitete. Ich benötigte daher keine Verdolmetschung, bis ich dem Vorsitzenden mit schwierigen Fragen oder Anträgen zur Geschäftsordnung das Leben schwer machte, denn dann schaltete er sofort um auf Griechisch. Bevor ich dann den Kopfhörer aufgesetzt und auf den richtigen Kanal für die Verdolmetschung geschaltet hatte, waren wir schon weiter und mein Beitrag war untergegangen.

Das gefiel mir ganz und gar nicht, und so beschloss ich, auch Griechisch zu lernen. Ich entschied mich für einen Intensivkurs. So kam es, dass ich nach der Sommerpause des Griechischen hinreichend mächtig war, um die offiziellen Unterlagen in dieser Sprache zu verstehen und in einer einfachen Konversation zurechtzukommen. Die erste Sitzung unseres Verkehrsausschusses wurde zur Probe aufs Exempel. Ich stellte auf Englisch einen Antrag zur Geschäftsordnung, mit dem die Tagesordnung völlig umgeworfen wurde. Der Vorsitzende schaltete routinemäßig auf Griechisch um und sagte, davon könne keine Rede sein. Aber anstatt umständlich nach dem Kopfhörer zu greifen, um zu hören, was er gesagt hatte, gab ich ihm in einem zuvor einstudierten griechischen Text Kontra. Ich legte ohne größeres Stocken dar, warum dies geschehen müsse, und dass ich sonst eine entsprechende Abstimmung beantragen würde.

Dieses linguistische Husarenstück hatte einen unerwarteten Effekt. Vorsitzender Anastasopoulos gab mir ohne weitere Diskussion – zum Glück – Recht. So sind wir die besten Freunde geworden.

**Florus A WIJSENBEEK**  
ELDR, Niederlande (1984-1999)  
[wijsenbeek@hetnet.nl](mailto:wijsenbeek@hetnet.nl)